

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Verantwortl. Redacteur Hr. Altner.
Sprechstunde d. Redaction
Samstags von 11-12 Uhr
Sonntags von 6-8 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeige an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

Stelle für Inserentenannahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Bauis 23/24, Saisstr. 21, post.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

Kasslage 11,350.

Abonnementpreis
vierteljährlich 1 Thlr. 15 Ngr.
incl. Frachtlohn 1 Thlr. 20 Ngr.
Jede einzelne Nummer 2 1/2 Ngr.
Belagerungspreis 1 Ngr.

Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 11 Ngr.
mit Postbeförderung 14 Ngr.

Druckerei
4gepalten-Druckerei 1 1/2 Ngr.
Größere Schriften
laut unserem Preisverzeichnis.

Kleinere unter d. Redactionstrich
die Spaltzahl 2 Ngr.

No 58.

Freitag den 27. Februar.

1874.

Bekanntmachung.

Für den Monat März nehmen alle Postanstalten des Reiches ein besonderes Abonnement auf das Leipziger Tageblatt an. Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Das 6. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird am 1. März d. n. im Reichs-Anzeiger öffentlich ausgeben. Dasselbe enthält: Nr. 989. Gesetz, betreffend die Festsetzung eines Nachtrages zum Haushaltetat des Deutschen Reichs für das Jahr 1874. Vom 18. Februar 1874.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Koch. Cerniti.

Bekanntmachung.

Die Erheber von Bölgern aus den städtischen Forsten werden hiermit zur ungesäumten Wäpfer veranlaßt.
Leipzig, am 24. Februar 1874.
Des Rathes Forstdeputation.

Zur Beachtung.

Leipzig, 26. Februar. Der Leipziger Landkreis vollzieht am 28. Februar, nächsten Sonnabend, eine Reichstagswahl, welche endlich diesem, man darf es wohl sagen, vielgeprüften Kreis zu einem Vertreter im Reichstag verschaffen wird. Die drohende Gefahr, daß ein Socialdemokrat der ausgesprochensten Art gewählt werde, hat schließlich alle reichstreuen Parteien zu gemeinsamem Handeln vereinigt. Einiger Candidat aller Reichstreuen, gleichviel ob sie mehr oder minder liberal oder conservativ gesinnt sind, ist Herr Dr. Carl Heine in Plagwitz. Es giebt kein „Wem“ und kein „Aber“ in dem gegenwärtigen Augenblick mehr, alles Voraus-gegangene muß vergessen werden, das Vaterland erwartet, daß jeder auf patriotische Gesinnung Anspruch machende Wähler am 28. Februar an die Wahlurne tritt und seinen Stimmzettel für Dr. Heine abgibt. Soweit wir über die Stimmung in dem 13. Wahlkreis unterrichtet sind, neigt dieselbe ganz entschieden der von uns vertretenen Auffassung zu. Herr Dr. Bracke, mit dessen etwas vorsichtigem und gemäßigtem Auftreten in den im Laufe der letzten beiden Wochen abgehaltenen Versammlungen (auf jeden Fall sucht die socialdemokratische Partei durch diese Taktik die Unwissenden auf ihren Reim zu locken) seine früheren Reden und die von ihm herausgegebenen Broschüren ganz und gar nicht übereinstimmen, hat diese Stimmung in einer gestern Abend in Ranzhof abgehaltenen Versammlung kennen gelernt. Nach einer uns zugegangenen Mitteilung ist es Herrn Dr. Bracke nicht möglich gewesen, seine Weisheit zu predigen, sondern man hat ihm die Thür gewiesen. Es gilt nur noch, daß recht fleißig gewählt wird. Wir rufen diese Worte namentlich auch den wohlreichen Orten der nächsten Umgebung von Leipzig zu; Ranzhof, Ranzhof, Entzsch, Gohlis, Lindenau, Plagwitz, Connewitz u. haben bei den früheren Wählungen in ihrer Wahltheilnahme recht viel zu wünschen übrig gelassen. Wäpften die reichstreuen Wähler in diesen Orten und überhaupt im ganzen Wahlkreis bei der diesmaligen Wahl ihre Versäumnis wieder gut machen!

Aus Stadt und Land.

Leipzig, 26. Februar. In die Reihe derjenigen städtischen Reichstagsabgeordneten, welche ihren Wählern in der Presse Berichte über die Vorgänge im Reichstag erstatten, ist jetzt auch Dr. Pfeiffer getreten. Wir entnehmen dessen erstem, in der neuesten Nummer der „Oberlausitzer Volkszeitung“ enthaltenen Bericht folgende Stelle: „Die Physiognomie des Reichstages ist diesmal eine andere als frühere. Während sonst die Zahl der Anwesenden oftmals unter die Hälfte herabsank, sind diesmal alle Stühle besetzt. Man weiß, daß diesmal Jeder auf seinem Posten sein muß, wenn die Abstimmungen nicht in reichsfeindlichem Sinne ausfallen sollen. Eine andere gegen früher abweichende Erscheinung ist auch die, daß die Minimalen sich ausfallend schweigend verhalten. Sie haben sich jetzt in der Militärfrage und andern wichtigen Fragen geschwiegen. Daher denn auch die Vermuthung, als wollten sie, des schwierigen Kampfes müde, aus Friedensverhandlungen mit der Reichsregierung hinaustraten. Im Gegensatz zu diesen Herren benutzen die Socialdemokraten jede Gelegenheit, sich hören zu lassen. Man muß es ihnen lassen, daß sie mit sehr sorgfältig ausgearbeiteten Reden und daher sehr gemüthlich vor das Haus treten. Sie werden damit Niemanden im Reichstage lächeln, aber das Publicum wird doch die schäblichen Reden mit Begierde lesen, und mancher Unwissende wird glauben, daß ein Cigarrenmacher aus Altona alles Unglück in der Welt heilen könne, weil er solche Redenarten auswendig gelernt hat und

sie mit guter Lunge vortragen kann. Da sieht man es recht deutlich, wie leicht es ist, immer und immer wieder zu sagen, daß die Weleinrichtungen schlecht sind, daß es viele Arme und wenig Wohlhabende giebt, aber wie es anders und besser zu machen ist, das hat seit Jahrtausenden Keiner zu sagen gewußt, und daher wird die Freiheit, worin es Jedem möglich ist, auf seinen Wohlstand nach Kräften hinzuwirken, verbunden mit wahrer thätiger Nächstenliebe und dem praktischen Wirken, wie sie Männer von der Art wie Schulze-Dehlich u. s. w. gegeben haben, immer noch das Einzige bleiben, woran wir uns halten müssen. Die Fragen, welche dem gegenwärtigen Reichstage vorliegen, sind recht schwierige. Welcher Abgeordnete möchte nicht gern dazu beitragen, daß die Lasten des Volkes gemindert werden, daß die Dienstzeit bei der Armee gemindert, daß die großen Summen für das Heer und seine Bewaffnung herabgesetzt würden! Da weiß aber der greise Feldmarschall Moltke nach, daß wir durch die Gründung des Deutschen Reiches zwar viele Ehre, aber auch viele Feinde gewonnen haben; daß die französischen Deputirten freiwillig ihrem Kriegsminister mehr zur Andäufung der Armeebudgets als er verlangt. Er weist nach, daß ein einziger Sieg des Feindes uns zehnmal mehr kosten würde, als unser jetziges Armeebudget beträgt. Sollen wir abräumen, während der Nachbar nach Rache streift und uns tagtäglich mit Word und Brand bedroht? Es versteht sich von selbst, daß die Abgeordneten auf Verminderung der Militärlast bedacht sein werden, soweit dies mit der Sicherheit des Reiches und des Friedens sich verträgt.“

Leipzig, 26. Februar. Ein blühender Bürger hatte sich vor einiger Zeit wegen der Hauptkämpfe französischer Generale, daß die Armee von Reich kein Geschütz im Kampfe verloren, dagegen am 31. August 1870 preussische Geschütze erobert habe, an den Generalfeldmarschall Graf Moltke mit der Bitte um Erklärung gewendet. Graf Moltke hat darauf in einem Schreiben, datirt vom 4. Februar, Folgendes geantwortet:

„In dem Prozesse Bazaine ist von französischen Generalen die Behauptung mehrfach ausgesprochen worden, die Armee von Reich habe kein Geschütz im Kampfe verloren, dahingegen preussische am 31. August erobert. Diese Angaben entsprechen nicht ganz dem Thatlichen, demzufolge am 18. August in der Schlacht bei Bionville-Mars-la-Tour die deutschen Truppen ein franz. Geschütz eroberten, während am 21. August deutscherseits kein Geschütz verloren wurde. Als die Franzosen am Abend dieses Tages plötzlich gegen Serbinen vordrangen, mußten wohl die dort aufgestellten preussischen Geschütze zurückgenommen werden, in den Händen des Feindes ließ man aber kein Geschütz. Nur am 18. August gelang es der Armee von Reich, zwei preussische Geschütze zu erobern. Dieselben gingen aber unter solchen Umständen verloren, daß diese als Beweis dafür dienen können, die Anforderungen der heutigen Taktik an diese Waffe erkannt worden sind. Dasselbe verlangt, daß die Artillerie es nicht scheuen darf, sich in die vordersten Linien der kämpfenden Truppen einzureihen oder behufs Abwehr eines feindlichen Angriffs bis zum letzten Moment auszuhalten und die anderen Waffengattungen zu beschützen. Eingedenk dieser Pflicht übernahm schon im Jahre 1866 die österreichische Artillerie die Aufgabe, ihre Infanterie, welche mit ihrer Waffe der Wirkung des Handwergens gegenüber zu sehr im Nachtheile war, zu beschützen und den Kampf mit der preussischen Infanterie anzunehmen; sie verlor in Folge dessen in der Schlacht bei Königgrätz 160 Geschütze auf die ehrenvollste Weise. In dem deutsch-französischen Kriege unterstützte die preussische Artillerie die

Infanterie in ähnlicher Weise. Die feindliche Artillerie war bei diesen Kämpfen, wohl in Folge ihrer Minderzahl und ihrer geringeren Beschaffenheit, meistens ein bald besiegter Gegner, der selten so lange bei seiner Infanterie aushielt, bis der Feind ankam. Ob unter diesen Umständen die Thatsache, kein oder nur ein Geschütz verloren zu haben, ein besonderer Beweis für die Tüchtigkeit der französischen Artillerie oder für deren Ausdauer im Kampfe ist, mag dahin gestellt bleiben.“

V. Leipzig, 26. Februar. Der hiesige Frauenverein unterhält eine Fortbildungsschule für Töchter unbemittelter Stände, welche 60 Schülerinnen zählt. Dieselben sind in drei Classen eingetheilt und werden in einem von der Vorherrin der Steiber'schen höheren Töchterschule, Frau Auguste Schmidt, unentgeltlich dargebotenen Localen in den für Frauen nützigen Wissenschaften von tüchtigen Lehrkräften unterrichtet. Wir waren einigemal veranlaßt, als wir hörten, daß der geehrte Frauenverein, dessen Verdienste wir nicht unterschätzen, eine öffentliche Prüfung für die erwachsenen Töchter angeordnet habe, während eine solche an unserer Leipziger höheren Töchterschule und auch an andern Orten mit Recht besetzt worden ist. Klein das, was wir gestern in vieler Abends von 1/8 Uhr an abgehaltenen Prüfung sahen und hörten, machte theilweise einen so günstigen Eindruck, daß wir unser Mißbehagen vergaßen. Eröffnet wurde die Prüfung durch Frau Schmidt, welche einen Bericht über die Wirksamkeit der Schule und über die Fortschritte der Schülerinnen gab und auch die Gründe andeutete, welche zu einer solchen Prüfung gedrängt hätten. Hierauf legte Fr. Sontemps den Schülerinnen einige Fragen aus der Gesundheitslehre vor, woran sich eine munter und frisch fortschreitende Prüfung des Fräul. Hilfer über deutsche Literatur, deutsche Geschichte u. a. anreihete. In der Buchführung examinierte Oberlehrer Wendt (das, was die jungen Damen wußten, bewies, daß die wenigen (5) Stunden, welche dem Gegenstande gewidmet werden konnten, nicht unbenutzt geblieben waren). Mit bekannter Gewandtheit und humoristischer Würze legte Fr. Schmidt die Fortschritte der Schülerinnen in Litteraturgeschichte und Geographie (welche Gegenstände aus zweckmäßige Weise verbunden wurden) dar, und unter ihrer Leitung wurde auch eine Scene aus dem Tell von einzelnen Schülerinnen recht brav vorgelesen. Die Gesangsprüfung unter Leitung des Fr. Hanke wurde gute Resultate aus und zeigte, daß einige Schülerinnen mit klaren und kräftigen Stimmen begabt waren. In diese Prüfungen schlossen sich später noch Unterredungen über Weltgeschichte (Candidat Pank examinirte in gelungener Weise über Karl den Großen), Rechnen, Sprachen u. Uebersetzen der Prüfung im Ganzen, so mußten wir wiederholen, daß der Geist, den die Schülerinnen offenbarten, der Beruf der Lehrer und Lehrerinnen mit denselben, die Resultate, die zu Tage traten, uns wohlwiegend berührt hat, und wir wünschen der verdienstvollen Anstalt, die unter der tactvollen und umsichtigen Oberleitung des Fräul. Auguste Schmidt steht, den besten Segen für die Zukunft. — Die Theilnahme an dieser Prüfung-Polemik war so groß, daß der Saal die Zuschauer kaum fassen konnte.

Der Buchhändler J. O. Webel in Leipzig hat für die in seinem Verlage erscheinende rühmlich bekannte „Allgemeine Militär-Enchiklopädie“ von Sr. Hoheit dem Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha eine kostbare Brillantnadel mit dem Namenszug Sr. Hoheit „als Erinnerungsgabe“ erhalten.

Erwiderung.

Leipzig, Expedition des Volksblatt, 25. Februar 1874.

Herr Redacteur!
Sie bringen in Ihrer heutigen Nummer einen offenen Brief des Dr. Jahn in Braunschweig, Redacteur des „Braunschweiger Tageblattes“. Die von Herrn Dr. Jahn behaupteten Thatsachen gehe ich der Reihe nach durch.

1) Herr Dr. Jahn behauptet, daß ich in dem heimischen Wahlkreise Braunschweig-Blankenburg die sonst unabweisliche Stimmenmehrheit nicht erhalten habe, weil ich mich „aus einem scheinbar opferfähigen Volkstheile als ein selbstthätiger und geliebter Mensch von weiselhaftem Charakter und traglicher Ehre entpuppt“ habe. Gleichwohl erhielt ich in diesem Wahlkreise 7787 Stimmen und im braunschweiger Landkreise zusammen 16,120! Und zwar trotz meiner Fluth von Wahlbestechungen, Wahlbeeinträchtigungen, offenen Geselldrigkeiten und Verleumdungen, wie sie schwierig in gleicher Ausdehnung und Stärke irgendwo anderswo vorgekommen sind. Die darüber dem Reichstage überreichte Beschwerde-schrift wird hoffentlich alles Dies in den Debatten des Reichstages am Tageslicht bringen. Von

den gegen mich angewandten Verleumdungen haben Sie in dem Briefe des Herrn Dr. Jahn eine Probe. Durch eine so gefärbte Brille gesehen, mögen allerdings die Epitheta dieses Herrn erklärlich sein, aber sie fallen auf ihn zurück, da es Unwahrheiten sind, welche er über mich aus reinem Parteihaf verbreitet. Ich werde Ihnen Dies Punkt für Punkt beweisen und Ihnen morgen den offiziellen Bericht über die in Frage stehende Stadtverordnetenwahl, welchen ich mir bereits telegraphisch erbeten habe, zugehen lassen.

2) Was mein Verhältnis zu der Firma H. Bracke (nicht Andreas Bracke, wie Herr Dr. Jahn schreibt) betrifft, so ist es unklar, daß mein Vater sich von dem Geschäfte theilhaftig zurückgezogen habe und ich der eigentliche Geschäftsinhaber sei. Ich bin nur Mitinhaber des Geschäftes, und mein Vater, welcher sich einer thätigen Arbeitstrath auch in seinem Alter erfreut, hat sich die Leitung desselben und besonders den Einkauf von Getreide und das Rechtsgeschäft vorbehalten. Gleichwohl bin ich gern und freudig bereit, die geschäftlichen Maßnahmen meines Vaters im vollsten Umfange zu vertreten. Es ist nicht wahr, daß mein Vater „das schlechteste Getreide, das kein anderer der hiesigen (Braunschweiger) Getreidehändler kaufen möge, zu natürlich billigen Preisen zu erwerben in dem Maße stehe.“ Der Kauf, dessen sich die Firma H. Bracke erfreut, ist ein solcher, daß er mich als Mitinhaber derselben mit geradem Stolze erfüllt.

3) Herr Dr. Jahn behauptet nun ferner, daß die in Braunschweig bestehende fiskalische Wassermühle, die Reustadmühle, der Firma H. Bracke trotz des gelieferten schlechten Getreides gutes Mehl liefere, „da die sonstige Randschaft der Mühle gutes Getreide“ zu derselben schaffe. Thatsache ist nun, daß die größeren Posten Getreide, welche die Firma H. Bracke aufkauft, für sich gemahlen werden und davon genau das Mehl geliefert wird, welches jenes Getreide ergiebt. Und da, wie jede andere Firma, auch die Firma H. Bracke nur das von dem eigenen Getreide besonders hergestellte Mehl erhält, da aber, wie Herr Dr. Jahn selbst zugiebt, das Mehl der Firma H. Bracke ein gutes ist, so muß dieselbe doch auch wohl gutes Getreide zur Mühle schaffen! Um die ganze Unwahrheit der Jahn'schen Angaben zu beweisen, habe ich dem Administrator der Reustadmühle zu Braunschweig telegraphisch Kenntniß von denselben gegeben mit der Bitte, das wirkliche Sachverhältnis schriftlich auseinanderzusetzen; ich werde mir erlauben, nach Eintreffen desselben diesen Brief zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

4) Herr Dr. Jahn behauptet, ich hätte meine Stellung als Stadtverordneter benutzt, um die Interessen meines Mehlgeschäfts zu fördern, und zwar weil ich gegen den Verkauf der Reustadmühle aufgetreten bin. Wie sehr auch diese Unwahrheit ist, wird, ohne daß ich nöthig habe, die Angaben des Herrn Dr. Jahn zu wiederholen, folgende kurze Auseinandersetzung zeigen, deren Wahrheit das Stadtverordnetenwahlprotokoll beweisen wird. Es handelte sich bei den Stadtverordneten um einen für die Stadt unangünstigen Vergleich, welcher mit einer Wasserwerks-Interessenschaft abgeschlossen werden sollte; von einigen Seiten wurde der Vergleich durch einen Hinweis darauf unterläßt, daß der Verkauf der fiskalischen Wassermühle sich als notwendig herausgestellt habe, die Regierung denselben wahrscheinlich bald abschließen werde und dann die Stadt zu jenem Vergleich gezwungen sei. Ich bekämpfte letzteren als zu unangünstig für die Stadt und suchte, um den Vergleich zu verhindern, auch die Furcht vor dem Verkauf der Mühle ins rechte Licht zu stellen. Die dabei von mir angezogenen Thatsachen sind folgende: Die Regierung hat von den ca. 100,000 Thalern, welche in der Mühle angelegt sind, eine Nettoeinnahme von ca. 6%, so daß sie aus diesem Grunde keine Veranlassung hat, zu verkaufen. Die projectirte Canalisirung der Stadt, auf welche allerdings ziemlich viel Wasser verwandt werden muß, ist ebenfalls dazu kein Grund, da die Oer zu 1/2 bis 1/4 des Jahres so viel Wasser hat, daß die Canalisirung und die Mühle dasselbe nicht gänzlich beanspruchen dürften. Der wahre Grund für den Verkauf ist das Interesse der am Wilhelm- und Hoenthorer liegenden vielen Fabriken; dieselben entleeren täglich 7 Millionen Hund Wasser in den westlichen Umstuhgraben der Oer, welcher deshalb oft recht mephitische Ausdünstungen von sich giebt, besonders in den Zeiten knappen Wassers; es giebt drei Wege, diesen Uebelstand zu beseitigen: 1) einen Canal durch das Fabrikterrain bis unterhalb der Reustadmühle; 2) einen solchen von oberhalb des sog. Petriwehrs bis oberhalb der Reustadmühle; 3) das Eingeben der letzteren als Wassermühle. Die beiden ersten Wege kosten den Besitzern jener Fabriken viel Geld und sie wollen deshalb nicht daran gehen, obgleich die